

DIGITALISIERUNG: EIN INNOVATIVES EUROPA DER CHANCEN

HERAUSFORDERUNG

Forschung und Entwicklung sind wesentliche Motoren für Innovation, Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit und damit unabdingbar für die zukünftige Absicherung unseres Wohlstands. Die EU hinkt bei den Forschungsinvestitionen Nordamerika und asiatischen Staaten hinterher und droht, im globalen Wettbewerb noch stärker abgehängt zu werden. Das gemeinsame Ziel einer EU-weiten Forschungsquote von 3 Prozent des BIPs liegt noch in weiter Ferne. Während Österreich neben Schweden, Deutschland und Dänemark in Europa zu den Spitzenreitern zählt, schaffen neue Mitgliedstaaten den Anschluss nicht und haben mit stagnierenden Budgets und Brain-Drain zu kämpfen. Die EU hat in der Vergangenheit wichtige internationale Großforschungsprojekte auf den Weg gebracht. Diese sind budgetär eine bedeutende Herausforderung und müssen nicht in Jahren, sondern Jahrzehnten gedacht werden.

Im Vergleich zu anderen Kapitalmärkten – wie den USA und Israel – schafft Europa es nicht, im gleichen Ausmaß Risikokapital bereitzustellen. Die Möglichkeiten des Europäischen Investment Fonds werden nicht ausreichend genutzt und die Vernetzung mit Forschungsrahmenprogrammen der EU steckt noch in den Kinderschuhen.

Das gemeinsame europäische Wettbewerbsrecht ist eines der stärksten und effektivsten Werkzeuge der EU am gemeinsamen Binnenmarkt. Für den digitalen Binnenmarkt und die Datenwirtschaft braucht es eine Anpassung, die den Wert von Daten und den Umgang mit ihnen als wichtigste Ressource der Zukunft berücksichtigt.

In vielen Gebieten Europas mangelt es nach wie vor an einem sicheren Zugang zu schnellem Internet. Der Infrastrukturausbau ist Angelegenheit der einzelnen Mitgliedstaaten und leider vielerorts ins Stocken geraten. Dies verursacht erhebliche Kosten und stellt eine zusätzliche Barriere im freien Datenfluss dar und steht damit gerade in strukturschwachen Regionen der Innovation und Weiterentwicklung im Weg.

Rechtsunsicherheiten und Durchsetzungsdefizite von geltendem Recht in Bezug auf neue Technologien und Geschäftsmodelle (z.B. Fintech, Blockchain, Künstliche Intelligenz oder Genome Editing) stellen eine weitere Hürde für gesamteuropäische Innovationen dar. Einige große Unternehmen

haben sich in einem quasi-rechtsfreien Raum Vorteile verschafft, während Startups oft an kleinlichen, nationalen Vorschriften scheitern. Entscheidungsträger_innen verstehen oft nicht, wie disruptive Technologien funktionieren. Neue und kurzsichtige Gesetze bergen die Gefahr der Überregulierung und hemmen Investitionen und Innovation. Die schwierige politische Aufgabe besteht darin, die potenziell negativen Auswirkungen solcher Technologien abzufangen und gleichzeitig das Innovationspotenzial in Forschung und Entwicklung voll zu nutzen.

VISION

Die Europäische Union ist der Kontinent der Gründer_innen und damit innovativster Wirtschaftsraum der Welt. Anstatt Innovation mit nationalstaatlichen Alleingängen zu behindern, gestalten die Mitgliedstaaten die Digitalisierung aktiv. Bürokratische Hürden sind weitgehend abgebaut. Für neue Technologien gibt es klare und einheitliche Regeln, die einen sinnvollen Einsatz ermöglichen.

Der europäische Hochschul- und Forschungsraum gewinnt weiter an Bedeutung. Er zeichnet sich durch hohe Durchlässigkeit und Mobilität der Forscher_innen und Studierenden aus. In einer Vielzahl der Mitgliedstaaten gibt es ausgezeichnete Forschungs- und Lehrinstitutionen. Das 3-Prozent-Ziel für die Forschungs- und Entwicklungsgelder wird erreicht und die Finanzierung auf sichere Beine gestellt. Es gibt eine bessere Verzahnung von Forschung und Entwicklung mit internationalen Geldgeber_innen und Unternehmen. Dadurch kann Europa auch im Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen.

Durch die Anziehung von Risikokapital, das neue Wettbewerbsrecht und effektive und vorausschauende Regulierungen können nachhaltige und innovative Wirtschaftszweige in Europa angesiedelt werden. Der Infrastrukturausbau verhilft allen Regionen zu Profiteuren der Digitalisierung zu werden.

LEITLINIEN UND MAßNAHMEN

DEUTLICHE ERHÖHUNG DES FORSCHUNGSBUDGETS UND NEUE EUROPÄISCHE GROßFORSCHUNGSPROJEKTE

Wir fordern eine weitere Stärkung des europäischen Hochschul- und Forschungsraums durch eine Erhöhung des Budgets für „Horizon Europe“ auf 110 Mrd Euro und eine Verdoppelung des Erasmus-Budgets auf 30 Mrd Euro, wie von der Kommission vorgeschlagen. Die Schwerpunkte müssen auf einer verstärkten Durchlässigkeit und vereinfachten Mobilität von Studierenden und Forscher_innen und der besseren Verschränkung von Forschung und Industrie liegen. Außerdem müssen neue gesamteuropäische Großforschungsprojekte auf den Weg gebracht und mit angemessener Finanzierung ausgestattet werden. Sie sollen Leuchtturmprojekte im Bereich der internationalen und kooperativen Forschung darstellen.

MEHR RISIKOKAPITAL FÜR FORSCHUNG UND INNOVATION

Der Europäische Investmentfonds (EIF) muss in seiner Arbeit gestärkt werden und mehr Flexibilität bekommen. Auf nationaler Ebene sollen Anreize für Stiftungen und Pensionsfonds geschaffen werden, um das Potential des europäischen Venture Capital-Markts zu heben. Es muss einfachere und klarere Regeln auf gesamteuropäischer Ebene geben. Es braucht den Beschluss einer Initiative „Invest in Europe“, um – in Kooperation mit den Nationalstaaten und Regionen – nachhaltige und zukunftssträchtige Wirtschaftszweige in Europa anzusiedeln. Europäisches und internationales Risikokapital soll durch attraktive, einheitliche Steuerbegünstigungen für Investitionen in forschungsorientierte Unternehmensneugründungen und Innovationsprojekte angezogen werden. Die Europäische Investitionsbank soll R&D-Bonds auflegen, die zusätzlich für ausreichende Finanzierung innovativer Unternehmen sorgen. Der Vorschlag der Kommission bezüglich Einrichtung eines European Innovation Council soll vollständig umgesetzt werden.

Stärkung der Hochschul- und Forschungsinfrastruktur in den jüngsten EU-Mitgliedstaaten

Durch gezielten Einsatz von Mitteln aus den Strukturfonds sowie Teaming und Twinning mit Top-Institutionen wollen wir Forschungs- und Bildungseinrichtungen in weniger entwickelten Regionen stärken. Das Entwicklungspotenzial von Universitäten in neuen EU-Mitgliedstaaten soll bei der Vergabe von Forschungsgeldern berücksichtigt werden.

NEUES EUROPÄISCHES WETTBEWERBSRECHT

Damit die europäische Wettbewerbspolitik stärker werden kann, muss sie sich weiterentwickeln. Es ist entscheidend, dass Kriterien zur Betrachtung der Marktmacht nicht ausschließlich durch betriebswirtschaftliche Größen (z.B. Umsatz) festgemacht werden, sondern auch durch eine Konzentration von neuen Daten und Informationen (den "neuen Rohstoffen"). So wie im 19. Jahrhundert ausgefeilte Regeln für geistiges Eigentum formuliert wurden, bedarf es neuer Gesetze, um den Besitz und den Austausch von Daten zu regeln, um den Einzelnen solide Rechte zu verleihen. Wettbewerbshüter sollen Fusionen genau prüfen, um Innovationen durch einen freien Markt auch bei digitalen Angeboten zu schützen.

AUSBAU DER DIGITALEN INFRASTRUKTUR

Der europaweite Ausbau der digitalen Infrastruktur soll Innovationen in allen Regionen fördern. Intelligente Spezialisierung ist bereits jetzt ein wichtiger Bestandteil der Kohäsionspolitik 2014-2020. Im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) soll die Förderung von Digitalisierungsmaßnahmen und Innovationen zur regionalen Entwicklung verstärkt Niederschlag finden. Damit alle Regionen gleichermaßen von der Digitalisierung profitieren, braucht es eine flächendeckende Verfügbarkeit von ultraschnellen Internetzugängen in ganz Europa. Außerdem soll der Kommissionsvorschlag zur Schaffung eines europäischen Daten-Binnenmarkts umgesetzt werden, der nationale Regeln zur lokalen Speicherung ersetzt.

VORAUSSCHAUENDE REGULIERUNGEN FÜR DISRUPTIVE TECHNOLOGIEN

Es braucht eine gesamteuropäische Initiative für die vorausschauende Regulierung disruptiver Technologien, um das volle Innovationspotential nutzen zu können und möglichst gute Rahmenbedingungen für Investor_innen und Forscher_innen zu schaffen. Dazu sollen auf europäischer Ebene so schnell wie möglich sogenannte regulatory sandboxes geschaffen werden, in denen Unternehmen und Politik gemeinsam Erfahrungen mit neuen Technologien sammeln können. Regulierungen müssen flexibel genug gestaltet werden, dass sie auf möglichst viele Technologien effektiv angewendet werden können und nicht bereits vom technologischen Fortschritt überholt worden sind, wenn sie in Kraft treten.

VERANTWORTUNGSBEWUSSTE NUTZUNG DER BLOCKCHAINTECHNOLOGIE

Europa muss in der Verwendung der Blockchaintechnologie zum Vorreiter werden, um sich seinen Platz in der digitalen Welt zu sichern. Rechtsunsicherheit rund um die Bereiche Blockchains, Smart Contracts, Kryptowährungen, Initial Coin Offerings (ICOs), Security Token Offerings (STOs) und Dezentrale Autonome Organisationen (DAOs) beendet muss werden. Für private Investor_innen und Unternehmer_innen müssen europaweit klare Regeln und Möglichkeiten geschaffen werden. Gerade im öffentlichen Bereich gibt es eine Vielzahl von Anwendungsbereichen für Blockchains. Die europäische Bürokratie könnte hier in der Anwendung zum Vorreiter werden und die Weiterentwicklung und Effizienzsteigerung von Verwaltungssystemen in der gesamten Union vorantreiben.

FORTSCHRITT DURCH KÜNSTLICHE INTELLIGENZ (KI)

Wir fordern eine bessere Koordination und das Teilen von Best-Practices beim Thema KI, insbesondere in den Bereichen Forschung, Entwicklung von Talenten, Zukunft der Arbeit, Industrie und Verwaltung, Inklusion, Ethik, Daten und digitale Infrastruktur. KI macht unser Leben bereits jetzt leichter. Mit den richtigen Richtlinien können wir auf eine Zukunft mit KI-Systemen hinarbeiten, von der alle profitieren.